

Singapur hält nichts von akademischer Freiheit

Referenten sind entrüstet über annullierte Studienwoche

Der Stadtstaat will die besten Lehranstalten und Talente anziehen. So richtig liberal sollen die Studiengänge aber doch nicht sein. Das bekommt derzeit die amerikanische Universität Yale zu spüren.

MANFRED RIST, SINGAPUR

Wehret den Anfängen: Unter diesem Motto muss man wohl den Entscheid des Yale-NUS-College in Singapur sehen, eine auf Ende September angesetzte Studienwoche zu Kritik, Dissens, Widerstand und zivilen Ungehorsam kurzfristig aus dem Lehrprogramm zu streichen. Nun verlangen die Organisatoren, Professoren und Studenten eine Erklärung für diesen Entscheid. Auch die renommierte amerikanische Universität Yale, die 2012 eine Partnerschaft mit der National University of Singapore (NUS) einging, fordert dies.

Schaut nach Hongkong, wollen wir solche Verhältnisse bei uns? Der Facebook-Eintrag diesen Inhalts des singapurischen Parlamentarier Tan Chuan Jin, einem prominenten Mitglied der regierenden People's Action Party (PAP), lässt tief blicken: Was nach politischer Agitation riecht – so steht es in den lokalen Rahmenbedingungen für die Hochschulen –, hat an den Lehranstalten in Singapur nichts zu suchen. Seit in Hongkong der Unmut breiter Bevölkerungskreise seinen Lauf nimmt und die Autoritäten dort vor schier unlösbare Probleme stellt, ist man besonders auf der Hut.

Ein etwas kritisches Programm

Das nun nicht zugelassene Studienprogramm sah Besuche des Speakers' Corner, die Aufführung von Theaterstücken, das Zeigen systemkritischer Filme, eine Dokumentation über den Hongkonger Aktivist Joshua Wong sowie Diskussionen über die Zensur in Singapur vor. Zu den Organisatoren zählt Alfian Sa'at, ein in Singapur bekannter Schauspieler. Seine Theatergruppe Wild Rice adaptierte auch schon Dürrenmatts «Besuch der alten Dame» auf lokale Verhältnisse – und hielt der Republik damit den Spiegel vor.

Vom Theater in den Lehrbetrieb: Diesmal drohte es also etwas ernster zu werden. Doch stecken hinter einer Studienwoche bereits ruchlose politische Motive? So deutlich sagt das niemand. Aber die Präsidenten von NUS und Yale-NUS äusserten in Stellungnahmen Zweifel, ob die Studienwoche wirklich akademischen Grundsätzen und Ansprüchen genügt hätte. Die Uni hätte vermutlich auch gegen das Verbot politischer Kampagnen verstossen, heisst es weiter, und hätte sich dem Vorwurf aus-

gesetzt, Studenten zu Gesetzesbrüchen anzustiften.

Das klingt etwas gesucht, aber so sind nun einmal die Verhältnisse im politisch überwachten Stadtstaat. Zum einen will man renommierte Universitäten wie Yale, Insead, das MIT, die ETH und die HSG im Land haben und gescheite Leute heranzüchten; auch klingende Namen wie Google, Apple, Facebook, Dyson sowie Videostars wie Nusseir Yassin (alias Nas Daily) sind hochwillkommen. Doch so richtig liberal, wie es sich besonders für Geisteswissenschaften ziemt, soll es dann doch nicht her und zu gehen.

Rote Linie für Dissidenten

Auf die Reaktion der amerikanischen Universität darf man gespannt sein. Deren Präsident Peter Salovey zeigte sich in einer ersten Stellungnahme «besorgt». Er verwies darauf, dass man seit Beginn der Kooperation mit der NUS auf akademischen Freiheiten und offener Forschung bestanden habe. Seinen Stellvertreter, den Yale-Vizepräsidenten Pericles Lewis, der unter anderem das globale Netzwerk der Uni beaufsichtigt, beauftragte er mit der Abklärung des Falles.

Direkt betroffene Referenten der annullierten Seminarwoche sowie einige Vertreter anderer Institute zeigen sich über den Eingriff entrüstet. Hier sei es nicht darum gegangen, den Studierenden Protestformen beizubringen, zivilen Un-

Ein weiteres Mal zeigt sich, wie dünnhäutig Singapurs Behörden seit geraumer Zeit wieder sind.

gehorsam zu predigen oder das Machtmonopol der seit sechzig Jahren regierenden PAP zu untergraben, sondern darum, einen ungehinderten Zugang zu Singapurs Dissidentengruppen zu gewähren. Wie der Vorfall zeigt, ist der Zugang zu diesen Kreisen nicht ganz hürdenfrei.

Ein weiteres Mal zeigt sich ferner, wie dünnhäutig Singapurs Behörden seit geraumer Zeit wieder sind. Zu Beginn des Jahres musste beispielsweise trotz erheblichen Einwänden partout ein sogenanntes Fake-News-Gesetz durchgepaukt werden. Und auf einen Online-Artikel, der familieninterne Vorwürfe an Premierminister Lee Hsien Loong thematisierte, reagierte der Regierungschef mit einer Klage wegen Diffamierung. Wahlen werfen ihre Schatten voraus – und machen anscheinend nervös.



Sima Samar fordert, dass die Frauen am Friedensprozess mit den Taliban beteiligt werden.

STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE

«Die Menschen haben Angst»

Die Ministerin Sima Samar hofft auf eine glaubwürdige Wahl in Afghanistan

Sima Samar ist seit Mitte Juli Ministerin für Menschenrechte und internationale Beziehungen in Afghanistan. Sie hat noch kein Büro und keinen einzigen Mitarbeiter. Die Ministerin arbeitet von ihrem Schreibtisch zu Hause in Kabul aus. Samar ist eine zähe Kämpferin für Frauenrechte in Afghanistan. Die Taliban hassen sie, seit sie in den 1990er Jahren Spitälern für Frauen aufbaute und versteckten Schulunterricht für Mädchen organisierte. Nachdem das amerikanische Militär Ende 2001 das Taliban-Regime gestürzt hatte, wurde Samar zur ersten Ministerin für Frauenangelegenheiten ernannt. Doch sie blieb nur kurze Zeit im Amt. Sie wurde zum Rücktritt gezwungen, weil sie konservative islamische Gesetze kritisierte. 2012 erhielt Samar den alternativen Nobelpreis für ihr langjähriges Engagement. Am Mittwoch ist Samar an einer Konferenz in Bern aufgetreten.

Frau Samar, am 28. September findet in Afghanistan die Präsidentschaftswahl statt. Was erhoffen Sie sich davon? Ich hoffe, dass es eine glaubwürdige Wahl sein wird. Ich spreche nicht von frei oder fair, weil das unmöglich ist. Die Menschen haben Angst, die Taliban wollen Wahllokale attackieren.

Was wäre eine glaubwürdige Wahl? Wenn es keine breiten Wahlfälschungen gäbe. Bei vergangenen Wahlen brachten einige Männer Listen mit zwanzig Frauennamen und behaupteten, das seien Angehörige. Sie erhielten die Stimmkarten und füllten sie aus, doch niemand überprüfte, ob diese Frauen wirklich existierten. Wir haben ja keine Volkszählung. In einigen Provinzen gaben mehr Frauen als Männer ihre Stimme ab, können Sie das glauben?

Befürchten Sie, dass dies wieder geschehen wird? Ja, ganz klar.

An der Konferenz in Bern hat Samar über Frauen und Frieden geredet. Sie kritisierte, dass Frauen bei Friedensverhandlungen nie gleichwertig einbezogen würden. Auch bei den in Doha geführten Verhandlungen zwischen den USA und den islamistischen Taliban hatten Frauen wenig zu sagen. Die afghanische Regierung war ganz ausgeschlossen, weil die Taliban sie für eine von den USA eingesetzte Marionettenregierung halten. Anfang September stoppte der amerikanische Präsident Donald Trump die Gespräche. Ein geplantes Abkommen sah einen Teilabzug der amerikanischen Truppen vor. Die Taliban stellten einzig in Aussicht, mit al-Kaida und anderen terroristischen Organisationen zu brechen.

Was haben Sie gedacht, als Sie hörten, dass Trump die Verhandlungen mit den Taliban abbricht?

Offen gesagt, ich fand das Abkommen nicht gut. Verhandlungen sollten geführt werden, aber diese waren zu hastig. Ein Vertrag, der zu schnell zustande kommt, ist ein kurzfristiger politischer Deal. Das führt kaum zu anhaltendem Frieden. Zudem sollte der Prozess alle einschliessen. Ich sage immer wieder, dass die afghanische Regierung zweifellos viele Probleme hat, zum Beispiel Korruption. Aber: Es ist eine Regierung. Am Ende des Tages ist sie es, die einen Vertrag unterzeichnen muss.

Sie kritisieren, dass zu wenige Frauen am Friedensprozess beteiligt seien. Zu den Gesprächen in Doha luden die Taliban elf Frauen ein.

Ja, von knapp fünfzig Teilnehmern auf afghanischer Seite. Und das war eher ein gegenseitiges Kennenlernen, es waren keine richtigen Verhandlungen. Wir dürfen nicht fünfzig Prozent der Bevölkerung vom Friedensprozess ausschliessen. Die Taliban sagen, sie wollten Frauen alle Rechte gewähren, die ihnen gemäss Islam und Scharia zuständen. Doch was heisst das schon?

Wie leben Frauen in den von den Taliban kontrollierten Gebieten?

Sie werden unterdrückt. Kürzlich sah ich ein Video, das zeigte, wie die Taliban öffentlich zwei Frauen auspeitschten. Es war grausam, ich musste wegschauen.

Sie sagen, alle müssten an Friedensverhandlungen teilnehmen können. Hätte man die Taliban 2001 nach ihrem Sturz einbeziehen sollen?

Unbedingt. Ich glaube, die Situation in Afghanistan wäre heute anders. Die Taliban waren in dieser Zeit in einer schwachen Position. Sie hätten nicht einmal Macht angestrebt. Sie wollten bloss nicht eingesperrt werden. Ich sagte das damals auch zu Uno-Generalsekretär Kofi Annan.

Ist Frieden in Afghanistan realistisch?

Ja, wenn der politische Wille gross genug ist. Wenn es beide Seiten wirklich wollten, die Regierung und die Taliban. Wenn beide finden, sie hätten Krieg und die Toten satt. Wie lange wollen die Taliban noch töten und selber getötet werden?

Samar merkte bereits als Kind, dass die Welt ungerecht ist. Ihre Eltern erlaubten ihren Brüdern viel mehr. Sie gehört zudem zur persischsprachigen Minderheit der Hazara. In der Schule fühlte sie sich diskriminiert, sie durfte nicht in ihrer Muttersprache sprechen. Um in Kabul Medizin zu studieren, musste sie erst hei-

raten. 1982 schloss sie das Studium ab, was selten war für eine Hazara-Frau. Ihr Mann wurde während der russischen Invasion verhaftet und ist nie mehr aufgetaucht. Samar flüchtete 1984 mit ihrem Sohn nach Pakistan. Dort gründete sie die Organisation Shuhada, die geholfen hat, über 120 Schulen zu bauen und laut eigenen Angaben fünf Millionen Menschen in Krankenstationen zu pflegen. Samar kehrte 2001 nach Kabul zurück.

Wie war es, sich 2001 als Ministerin für Frauenrechte einzusetzen?

Sehr schwierig. Einmal kam zum Beispiel ein hochrangiger Uno-Mitarbeiter in mein Büro und sagte mir: Sima, lass die Finger von den heiklen Themen Zwangs- und Kinderehe. Ich antwortete: Frauen sind Menschen, und ich setze mich für Menschenrechte ein.

Kümmern sich ausländische Geldgeber um Frauenrechte?

Zu wenig. Es wird zu wenig Geld ausgegeben, um die Position der Frauen zu verbessern. Die Entscheidungsträger in Geberländern sind meistens auch Männer.

Hat das einen Einfluss?

Die Perspektive der Frauen fehlt. Ein Beispiel: Zwischen Kabul und Kandahar wurde eine Autobahn gebaut, die Fahrt dauert sechs Stunden. Man investierte Hunderte von Millionen Dollar und dachte nicht daran, einige zehntausend Dollar für Toiletten entlang der Strasse auszugeben. Wir Frauen assen und tranken jedes Mal schon am Abend vorher nichts, wenn wir reisen mussten.

Sima Samar war achtzehn Jahre Vorsitzende der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission. Sie will, dass vergangene Kriegsverbrechen aufgearbeitet und von den Tätern anerkannt werden. Dadurch schafft sie sich viele mächtige Feinde. Nach der Konferenz geht sie zu Fuss zum Bundeshaus an ein nächstes Treffen. In Afghanistan ist sie im gepanzerten Auto unterwegs. Vier Leibwächter begleiten sie überallhin.

Was war für Sie die gefährlichste Situation bisher?

Mein ganzes Leben. Wenn du in Afghanistan für Rechte kämpfst, bist du ständig in Gefahr. Die Uno holte mich 2002 um 1 Uhr in der Nacht in ihr Gästehaus, weil es Drohungen gab, dass ich getötet würde. Ich blieb dort eine Nacht, danach bewachten Soldaten mein Haus.

Warum machen Sie weiter?

Ich will zeigen, dass ich standhalten kann. Und als Frau muss ich beweisen, dass ich jemand bin.

Interview: Karin A. Wenger

ANZEIGE

Ab GROSSE XL

NEU

BIG & TALL SIZES

BAHNHOFSTRASSE 46
ZÜRICH 4. ETAGE

PKZ
MEN

10% WILLKOMMENS RABATT

Auch online unter PKZ.CH/GRG erhältlich. Onlinecode: 520456468564
Gültig bis 31. Oktober 2019 auf das gesamte reguläre Grosse-Grössen-Sortiment.
Nicht kumulierbar mit anderen Rabatten/Bons.